

Medial verAnkERt

Die Darstellung bayerischer Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete in der regionalen Berichterstattung

Tanja Evers

Zusammenfassung

Medieninhaltsanalysen zur Darstellung von Flucht(Migration) haben in der Kommunikationswissenschaft eine lange Tradition. Eher selten stehen dabei jedoch Konzepte der Unterbringung von Geflüchteten und die zugehörigen Diskurse in lokalen Öffentlichkeiten im Mittelpunkt der Analyse. Der Beitrag begegnet diesem Forschungsdesiderat, indem er im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse von Regionalzeitungen die Themen, Akteur*innen, Bewertungen und Forderungen im massenmedialen Diskurs über Ankereinrichtungen in Bayern und Sachsen untersucht. In einer theoretischen Auseinandersetzung wird zudem der Versuch unternommen, journalistische Berichterstattung selbst als Faktor der (Im-)Mobilisierung und öffentliche Kommunikation als eigene Dimension der Mobilität zu konzeptualisieren. Mit Blick auf eine solche kommunikative Mobilität sollten journalistische Medien im Sinne ihres gesellschaftlichen Auftrags als Forum und integrative Plattform möglichst vieler unterschiedlicher Stimmen dienen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse moderieren. In der Folge entwickelt diese medial konstruierte politische Öffentlichkeit wiederum ein eigenes Mobilisierungspotential, das sowohl die Meinungsbildungsprozesse der Bürger*innen als auch politisches Handeln beeinflussen kann. Der Diskurs zu Ankereinrichtungen in massenmedialen lokalen Öffentlichkeiten bewertet die Unterbringungssituation zwar insgesamt durchaus kritisch, jedoch weniger differenziert denn polarisiert. So bedienen die analysierten Artikel in der Regel einen engen Kanon von Narrativen, die zudem überwiegend einen problemzentrierten Blickwinkel einnehmen und den Geflüchteten kaum die Möglichkeit einräumen, sich aktiv an der Gestaltung der Öffentlichkeit zu Ankerzentren zu beteiligen.

Summary

Media content analyses used to depict (forced) migration have a long tradition in communication science. However, the analysis rarely focuses on accommoda-

tion concepts for refugees and the associated discourses in local public spheres. This article seeks to counteract this research desideratum by investigating the topics, actors, evaluations and demands in the mass media discourse on Anker centres in Bavaria and Saxony within the framework of a quantitative content analysis of regional newspapers. In a theoretical discussion, it also attempts to conceptualise journalistic reporting itself as a factor of (im-)mobilisation and public communication as an own, separate dimension of mobility. With regard to such communicative mobility, journalistic media should serve as a forum and integrative platform for as many different voices as possible and moderate social negotiation processes in line with their social mission. As a result, this political public sphere constructed by the media in turn develops its own potential for mobilisation, which can influence both the opinion-forming processes of citizens and political action. The discourse on Anker centres in local public spheres within the mass media is critical overall, but still less differentiated than polarised. Thus, the articles that were analysed in the project generally serve a narrow canon of narratives, which also predominantly take a problem-oriented perspective, and hardly give refugees the opportunity to actively participate in shaping the public opinion with regard to Anker centres.

Flucht(migration) als Thema einer umkämpften Öffentlichkeit

»Es bleiben die richtigen, es gehen die richtigen« – Mit diesen Worten beschreibt der bayerische Ministerpräsident Markus Söder in einem ausführlichen Interview mit der Nürnberger Zeitung (14. September 2018) die vermeintlichen Vorzüge der Erstaufnahme in Ankereinrichtungen, welche im Frühjahr 2018 auf Basis des Asylplans nach bayerischem Modell eingeführt wurden (vgl. StMI 2018). Verdichtet in nur einem Satz finden sich hier Erzählstrukturen, an deren Beispiel sich grundlegende Tendenzen im politischen und massenmedialen Tenor zu Fluchtmigration als Thema veranschaulichen lassen: Geflüchtete Menschen werden hierarchisch kategorisiert in »richtig« und »falsch« und nach ihrem Nutzen – zumeist für die deutsche Volkswirtschaft oder ihrem Bedrohungspotential, wahlweise für die innere Sicherheit oder den Wohlfahrtsstaat – bewertet.

Kriminalität und der Wert migrantischer Arbeitskraft gelten als zentrale Assoziationen, die sich über die Jahrzehnte in der massenmedialen Berichterstattung als persistent erwiesen (vgl. Jung/Niehr/Böke 2000; Wengeler 2006). Insbesondere die Kontinuität negativer Narrative, die Migration und Flucht als Problem deuten (vgl. u.a. Geißler/Pöttker 2009; Bonfadelli/Moser 2007) begründen anhaltende Diskussionen um die Existenz und Verfestigung stereotyper oder gar rassistischer Diskursstrukturen in medialer Öffentlichkeit (vgl. Abadi 2017; Ter Wal 2002; van Dijk 1991). Während es an Erkenntnissen zur medialen Repräsentation

von Geflüchteten und Migrant*innen nicht mangelt, hat die dezidierte öffentliche Aushandlung zu asylpolitischen Unterbringungskonzepten durchaus einen Neuigkeitswert. So verfügt die Fluchtforschung zwar über einen Kanon an Studien zu Lagern und Sammelunterkünften und auch aus aktivistischer Sicht wurde die Bundesrepublik mit Blick auf die Kontinuität dieser Unterbringungsform als »Lagergesellschaft« bezeichnet (vgl. Dünnwald 2002: 27). Forscher*innen beschäftigen sich bislang aber international (vgl. Inhetveen 2010) wie national (vgl. Bauer 2017; Christ/Meininghaus/Röing 2017; Täubig 2009; Pieper 2008) weniger mit der medialen Auseinandersetzung, sondern vorwiegend mit den Machtdynamiken, Konfliktkonstellationen, Organisationsformen und (Des-)Integrationsprozessen von und in Flüchtlingslagern als Teil des Asylregimes.

Aus der öffentlichen Aufmerksamkeit schien das Thema lange Zeit nahezu verschwunden, nicht zuletzt, weil es aufgrund moderater Zahlen von Asylanträgen zwischen 1994 und 2014 (vgl. BAMF 2020: 9) keinen Bedarf an innenpolitischen Legitimationsdiskursen gab (vgl. Pieper 2008: 22). Mit der signifikant gestiegenen Zuwanderung von Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 rückte die Unterbringungssituation erneut auf die politische und mediale Agenda. Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums leben aktuell (Stand 29.02.2020) rund 6.600 Personen in bayerischen Ankereinrichtungen¹ inklusive der angeschlossenen Dependancen, was einer Auslastung von 60 Prozent entspricht (vgl. Bay. LT 2020: 3-5). Die Einführung der Ankereinrichtungen wurden von der politischen Opposition, Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und der Flucht- und Migrationsforschung kritisch begleitet (vgl. u.a. Mouzourakis/Pollet/Ott 2019), indem unter anderem auf die »weitgehende Isolation« und »hohen Belastungen« bei den Geflüchteten verwiesen wird. Außerdem ignorieren Ankerzentren die »Bedeutung lokaler Unterstützungsstrukturen« und bilden einen »Nährboden für Vorurteile« (Hess et al. 2018: 2). Im Gegensatz dazu werden die Regierungsparteien, insbesondere die CSU, nicht müde, öffentlich ihr Gegennarrativ der Ankereinrichtungen als Erfolgskonzept zu bedienen. Zum einjährigen Bestehen begrüßte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann erneut die Beschleunigung der Verfahren durch die Bündelung aller relevanten Behörden (vgl. FAZ 2019), und Ministerpräsident Markus Söder verkündete, die bayerische Flüchtlingspolitik habe eine »gelungene Balance zwischen Humanität und Ordnung« erreicht (Guyton 2019).

Mehrere teilweise widerstreitende Positionen, eingespeist in verschiedene öffentliche Arenen von unterschiedlichen Akteur*innen, zeigen: Digitale und analoge

1 Aktuell verweist eine Kurzanalyse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf einen positiven Trend in der Wohnsituation Geflüchteter. Im Jahr 2018 wohnen bereits drei Viertel der Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 als solche in Deutschland erfasst wurden, nicht mehr in Sammelunterkünften, sondern in Privatwohnungen (vgl. Tanis 2020). Zur Wohn- und Lebenssituation »nach dem Lager« siehe den Beitrag von Birgit Glorius in diesem Band.

Medien spielen eine bedeutende Rolle in den öffentlichen Aushandlungsprozessen zu Ankereinrichtungen. Denn wer sich wie ausführlich, zu welchen Themenaspekten und in welcher Rolle öffentlich sichtbar an der Formulierung der zentralen Narrative beteiligen kann, darüber entscheiden in einer medialisierten Migrationsgesellschaft in nicht unerheblichem Maße nach wie vor (journalistische) Massenmedien. Die Platzierung und Bewertung von (migrations- und asylpolitischen) Themen in der Öffentlichkeit ist eng an die Forschung zu den Agenda-Setting-Effekten zwischen Massenkommunikation und Politik (vgl. McCombs/Shaw 1972) gekoppelt. Die Kommunikationswissenschaft betont hier die besondere Relevanz politischer Öffentlichkeit, die einerseits das »Lebenselement der Politik« (Gerhardt 2012: 349) und gleichzeitig das zentrale Element ihrer Kontrolle ist.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, zunächst einen Vorschlag dazu zu machen, wie der Begriff der Mobilität kommunikationswissenschaftlich nutzbar und an Konzepte von Öffentlichkeit gekoppelt werden kann. Im Anschluss an die theoretische Auseinandersetzung mit den Faktoren, die bei der kommunikativen Mobilisierung des Themas Flucht(migration) durch den Journalismus zu beachten sind, führt ein kurzer Überblick zum Forschungsstand zur Frage, in welcher Weise nun spezifisch Ankereinrichtungen in der medialen Berichterstattung dargestellt werden. Auf Basis der Daten einer quantitativen Inhaltsanalyse lokaler Printmedien zur Berichterstattung über die Ankerzentren in Bayern und Sachsen (Untersuchungszeitraum 1. Januar 2018 bis 1. August 2019) sollen im Anschluss die zentralen Narrative zur asylpolitischen Frage der Unterbringung von Geflüchteten ermittelt werden. Neben der Nennung und Beschreibung der thematischen Aspekte, den Akteur*innen und formulierten Forderungen in den Artikeln liegt der Fokus der empirischen Analyse auf der konkreten Nennung von (im-)mobilisierenden Praktiken in der Berichterstattung. Dies geschieht auf zwei Ebenen: Zum einen gilt es, in den untersuchten Beiträgen manifeste Verweise auf die räumliche und soziale (Im-)Mobilität der Bewohner*innen zu identifizieren. Zum anderen liefert die inhaltsanalytische Auswertung Anhaltspunkte, wie aktiv bzw. passiv Geflüchtete in lokalen Öffentlichkeiten repräsentiert sind und inwieweit sie selbst an einer mobilisierenden Öffentlichkeit teilhaben (können), wenn Sichtbarkeit als Voraussetzung sozialer Mobilität konzipiert wird.

Medien als Faktor der (Im-)Mobilisierung – Theoretische Einordnung des Konzepts Mobilität in der Kommunikationswissenschaft

Die begriffliche Verknüpfung von Medien und *Mobilisierung* einerseits hat traditionell in der Kommunikationswissenschaft zwei zentrale Bezugspunkte: die politische Kommunikation, insbesondere die Wahlkampf- und Kampagnenforschung (vgl. u.a. Evers 2019; Holtz-Bacha 2019), und die Medienwirkungsforschung (vgl.

zum Überblick Bonfadelli/Friemel 2017). Öffentlichkeitstheoretisch sind es in jüngerer Vergangenheit vor allem Studien zum Mobilisierungspotential digitaler Gemeinschaften, die sich vermehrt mit gesellschaftlicher Teilhabe durch soziale Medien beschäftigen (vgl. u.a. Scholz 2013; Wagner/Gerlicher/Brüggen 2011). Sie untersuchen, welche Formen der In- und Exklusion sich demokratietheoretisch aus der Option ergeben, dass Bürger*innen im Social Web verstärkt selbst als aktive Teilnehmer*innen den medialen gesellschaftlichen Diskurs mitgestalten können.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff der *Mobilität* ist andererseits für die Kommunikationswissenschaft bislang in der Regel mit Fragen des technischen Fortschritts und dem Bedeutungsgewinn mobiler Onlinemedien verbunden. Einen Versuch, diesen »technologischen Zentrismus« zu überwinden, beschreibt die Forschungsperspektive der »kommunikativen Mobilität« (Hepp 2006: 15; auch Berg 2017). Diese zielt darauf, die Nutzung und Aneignung mobiler Endgeräte im Medienalltag mit den daraus resultierenden Veränderungen soziokultureller Praktiken zu verbinden. An dieser Stelle zeigt sich die theoretische Auseinandersetzung anschlussfähig an Konzepte wie die des »mobility turn«, nach dem alles Soziale als etwas Mobiles zu verstehen sei (Urry 2007).

Um ein solch erweitertes Verständnis von kommunikativer Mobilität anschlussfähig für die Fluchtmigrationsforschung zu machen, sollte es sich jedoch noch deutlicher von einem technologiegetriebenen Medienbegriff lösen und stattdessen stärker die soziale Dimension von Medien als gesellschaftliche Institutionen in den Mittelpunkt rücken (vgl. Altmeppen/Greck/Kössler 2013). Dieser Beitrag schlägt daher vor, öffentliche Kommunikation selbst als eine Dimension der Mobilität zu verstehen. Journalist*innen werden in einem solchen Verständnis zu Verantwortungsträger*innen, die Mobilität öffentlicher Kommunikation sicherzustellen. Mit dem Konzept einer »Mobilitätsgesellschaft« (Tully/Baier 2006) gilt es dann neben der räumlichen und sozialen mit der informationellen Mobilität noch eine dritte wesentliche Art zu beachten, die den Mobilitätsraum virtuell erweitert. Es wird die Frage aufgeworfen, inwiefern Kommunikation als Austausch von Information räumliche Mobilität substituieren oder akzelerieren kann (vgl. ebd.: 33f.). Massenmedien übernehmen nach dieser theoretischen Rahmung stärker eine dienende Funktion in der Bereitstellung und Verbreitung von Informationen. Journalistische Berichterstattung sorgt also für die Zirkulation von Themen und Bedeutungen in unterschiedlichen öffentlichen Sphären, welche wiederum vielgestaltig miteinander gekoppelt und zusätzlich mit den weiteren Mobilitätsformen verwoben sind (vgl. Wimmer/Hartmann 2014: 11ff.). Journalistische Medien fungieren dabei auf Basis ihres gesellschaftlichen Auftrags als Forum und integrative Plattform möglichst vieler unterschiedlicher Stimmen, sie moderieren gewissermaßen den Diskurs und fungieren als Katalysatoren gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse.

Kommunikative Mobilität meint vor diesem Hintergrund sowohl die Möglichkeit und Freiheit zur informationellen Selbstbestimmung als auch die Mobilität – das heißt die Durchlässigkeit und Wandelbarkeit – öffentlicher Kommunikationsarenen und die in ihnen verhandelten Themen. Der Journalismus besitzt so per se Mobilisierungspotential – nicht nur mit Blick auf die Meinungsbildung der Bürger*innen, sondern auch als Impulsgeber für politische Entscheidungen. Allerdings führen journalistische Selektionsmechanismen im Allgemeinen und zunehmend ökonomisch überformte Arbeitsroutinen im Speziellen dazu, dass medial konstruierte Wirklichkeiten an einem ausgewogenen und gerechten Abbild gesellschaftlicher Realitäten scheitern (müssen). Viele Themen, Akteur*innengruppen und deren Einschätzungen überwinden die journalistischen oder medialen Auswahlprozesse nicht und stellen somit eine Leerstelle in der massenmedialen Öffentlichkeit dar. Berg weist zurecht darauf hin, dass »bei der Untersuchung von mediatisierten Mobilitäten immer auch Machtverhältnisse sowie Momente von Inklusion und Exklusion zu berücksichtigen« sind (Berg 2014: 63).

Der vorliegende Beitrag nähert sich diesen vielfältig verschränkten kommunikativen Mobilitäten und (Im-)Mobilisierungspraktiken mit Zuschnitt auf eine massenmediale Öffentlichkeit. Das ist vor allem dadurch begründet, dass politische Öffentlichkeit »in der Topographie der Gesellschaft an zentraler Stelle im Vorhof zur Macht platziert« (Gerhards/Neidhardt 1990: 11) und deswegen gleichzeitig stark umkämpft ist. Für politische Akteur*innen sichern demnach Massenmedien letztendlich die Möglichkeit, die eigene (asyl-)politische Agenda öffentlich zu verhandeln, und in derselben ihre befristeten Herrschaftschancen zu sichern (vgl. ebd.: 8f.).

Durch die Auswahl politischer Themen rücken Massenmedien eine bestimmte Agenda in die öffentliche Aufmerksamkeit und geben so gleichzeitig den Nutzer*innen eine Rangfolge der Bedeutsamkeit der Themen vor. Der mediale Erfolg rechtspopulistischer Agitation ist daher nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass Journalismus wie neue Rechte dieselben auf der menschlichen Aufmerksamkeitslogik basierenden Nachrichtenfaktoren nutzen, um Nutzer*innen zu gewinnen (vgl. Evers/Altmeppen i.E.; Krämer/Schindler 2018). Obwohl die Stärke dieser Effekte unter anderem themenabhängig variiert, finden sich doch zahlreiche empirische Belege für eine Beeinflussung der Publikumsagenda durch die Medien (vgl. Wanta/Ghanem 2007). Das gilt für Untersuchungen zu Flucht in besonderer Weise, da Medien in diesem Kontext häufig die zentrale »Kontaktinstanz« zu einem Thema darstellen, das sich für die meisten Menschen in einer »Distanzrealität« (Hafez 2019: 493) befindet. Deshalb kann ein erhöhtes Einflusspotential auf die Einstellungen der Bürger*innen unterstellt werden (vgl. Arlt/Wolling 2018; Jacobs/Hooghe/de Vroome 2017). Noch wirkmächtiger als die einfache Priorisierung von Themen im Rahmen des Agenda-Settings ist hinsichtlich der Mobilisierungskraft medialer Diskurse ihre Bewertung und Einbettung in eine bestimmte Erzählstruktur,

was in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung unter dem Begriff des Framing firmiert (vgl. Entman 1993). Journalistische Berichterstattung beeinflusst also nicht nur, über was Nutzer*innen nachdenken, sondern auch wie sie das tun. Medien setzen »thematische und diskursive Schlüsselreize« (Hafez 2019: 494), die in der Folge latente Grundeinstellungen zu politischen Meinungen aktivieren oder transformieren können.

So ist die Mobilisierungskraft der Öffentlichkeit eben nicht nur medial getrieben, sondern Zeugnis der komplexen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Medien-, Politik- und Publikumsagenda. Der öffentliche Diskurs spiegelt zudem die parallel verlaufenden Wechselspiele in der Ausrichtung der Asylpolitik (vgl. Goebel 2019; Hafez 2019) und orientiert sich gleichzeitig rekursiv an den heterogenen Erkenntnissen der Einstellungsforschung zu Flucht und Migration (vgl. u.a. Zick/Küpper/Berghan 2019; Stavenhagen/Kossatz 2017).

Die Analyse medialer Narrative ist daher für die weitere theoretische Arbeit an einem Konzept kommunikativer Mobilität des Themas Flucht(migration) und der Mobilisierung öffentlicher Meinung gewinnbringend. Sie betont ein prozessuales Verständnis von Kommunikation und zeigt das Zusammenspiel und permanente Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte mit dem Ziel, das jeweils eigene Deutungsangebot zu einem Thema besonders prominent massenmedial zu platzieren. Wie diese konfliktiven Aushandlungsprozesse die Gestalt der Berichterstattung über Flucht(migration) prägen, führt der folgende Abschnitt näher aus.

Die Darstellung von Flucht(migration) in den Medien: von dominanten Diskursen und fehlender Forschung

Neben Untersuchungen zum Mediennutzungsverhalten (vgl. Emmer/Richter/Kunst 2016) dominieren in der Kommunikationswissenschaft in der Auseinandersetzung mit Flucht und Migration nach wie vor Medieninhaltsanalysen. Der Kanon der Untersuchungen zur Darstellung von Einwander*innen, Migrant*innen und Geflüchteten in der medialen Berichterstattung ist demnach breit aufgestellt (vgl. u.a. Bucher/Piga 2009; Trebbe 2009).

Eine genauere Betrachtung des öffentlichen Diskurses im Zuge der zunehmenden Flucht(migration) im Jahr 2015 bringt zunächst zwei zentrale Erkenntnisse zum Vorschein: Erstens rückt das Thema stark in den öffentlichen Fokus und dominiert lange Zeit die mediale und politische Agenda (vgl. Krüger/Zapf-Schramm 2019), wobei sich zweitens der deutsche Journalismus nach einer kurzen Phase der engagierten Berichterstattung rund um das Deutungsmuster der »Willkommenskultur« bereits nach wenigen Wochen wieder deutlich inkonsistenter und auch polarisierter präsentiert (vgl. Maurer et al. 2019; Jäger/Wamper 2017).

Unter dem Dach eines allgemeinen Krisendiskurses ist die mediale Berichterstattung auch hierzulande vermehrt geprägt von der Diagnose eines Normalitäts- und Kontrollverlustes (vgl. Link 2016: 7). Dies führt zu kulturalisierenden und hierarchisierenden Diskursen. Unter dem Narrativ der bedrohten Sicherheit wird also einerseits eine kulturell bedingte reduzierte Integrationsfähigkeit bestimmter Gruppen von Geflüchteten betont, während andererseits eine Ökonomisierung der Fluchtmigration festzustellen ist (vgl. Engel et al. 2019: 280-287). Diese Kategorisierung bestätigt eine Untersuchung der überregionalen Presse, die Geflüchtete am häufigsten als »Kriminelle« attribuiert, gefolgt von den Kategorisierungen »Nützliche«, »Integrationswillige«, »Kostenintensive« und »Willkommene« (vgl. Goedeke et al. 2016: 508f.). Ähnliche Befunde gehen aus einer Studie hervor, deren Stichprobe außer der überregionalen Presse auch Fernsehnachrichten und Boulevardmagazine umfasste. Bezeichnend ist zudem, dass Geflüchtete nur als Randfiguren auftauchen und selbst kaum zu Wort kommen (vgl. Hestermann 2020: 4-10). In diesem Punkt unterscheidet sich der bundesdeutsche Mediendiskurs kaum von dem in den europäischen Nachbarländern: Eine vergleichende Studie zwischen 17 Nationen ermittelt über alle europäischen Medien hinweg, dass Migrant*innen in nur zehn Prozent der Artikel selbst zu Sprecher*innen in eigener Sache werden und ansonsten als Teil einer anonymen Masse lediglich Gegenstand der Berichterstattung sind (vgl. Fengler/Kreutler 2020: 49f., 57f.).

In der Zusammenschau des breiten Forschungsstandes zur medialen Darstellung von Flucht(migration) lassen sich dennoch zwei relative Leerstellen identifizieren: Erstens bilden nur sehr wenige Untersuchungsdesigns bislang die öffentlichen Aushandlungsprozesse zur Unterbringung von Geflüchteten ab. Das erstaunt aus zwei Gründen: Zum einen ist dieser Themenfacette eine hohe Relevanz zu unterstellen, da sie die regionale Sichtbarkeit des abstrakten Phänomens Flucht erhöht. Zum anderen können die wenigen Diskursanalysen, die diesen Aspekt anreißen, zeigen, dass das Thema Unterkunft in deutschen Medien eine vergleichsweise wichtige Rolle spielt (vgl. Heidenreich et al. 2019: 178; Greck 2018: 371; Goebel 2017: 233-244). Zweitens bleiben Regional- oder gar Lokalzeitungen in Untersuchungen zu Medien und Migration überwiegend unberücksichtigt. Die wenigen Ausnahmen bestätigen zwar eine gewisse Konsistenz in deren Berichterstattung zur bundesweiten Presse – vor allem in der Betonung problemzentrierter Narrative –, allerdings finden sich auch positive Signale. So halten sich beispielsweise bei Greck integrationsbetonte und problemzentrierte Narrative die Waage (vgl. Greck 2018: 376f.). Ebenso kommt Fick zu dem Ergebnis, dass der Lokal- im Unterschied zum Mantelteil über Menschen mit Migrationsgeschichte deutlich häufiger als Teil der Gesellschaft berichtet und dadurch die untersuchte regionale Presse zur »aktiven Akzeptanz ethnischer Minderheiten« beiträgt (Fick 2009: 265f.).

Insbesondere für die Untersuchung der medialen Auseinandersetzung mit der Unterbringung geflüchteter Menschen in Ankerzentren kann daher die Relevanz lokaler Öffentlichkeiten kaum unterschätzt werden. Das gilt nicht nur, weil sich in der Betrachtung des öffentlichen Diskurses zu Ankereinrichtungen ein verkleinertes Strukturabbild des aktuellen Asylregimes manifestiert – so die These dieses Beitrags –, sondern auch weil das Interesse an lokalen Ereignissen ungebrochen ist (vgl. Oehmichen/Schröter 2011: 183). Die Besinnung auf die Lebenswelten vor Ort im Zuge der Globalisierung liefert auch dem Lokaljournalismus eine Strategie für die Zukunft (vgl. Friedrichsen 2010).

Das Forschungsprojekt nimmt deshalb das Thema Unterbringung innerhalb des lokalen bzw. regionalen medialen Diskurses um Flucht(migration) in den Blick. Dabei richtet das Untersuchungsdesign der Inhaltsanalyse sein Interesse auf die als Ankerzentren geführten Aufnahmeeinrichtungen. Die Entscheidung für einen quantitativen Zugang fiel bewusst, um die überwiegend in qualitativen Forschungsarbeiten generierten Erkenntnisse zur Lebenssituation Geflüchteter in Sammelunterkünften² um eine vergleichende Außenperspektive zu ergänzen. Eine solche Perspektive überprüft, welche Aspekte dieses Alltagserlebens – und insbesondere der Praktiken der (Im-)Mobilisierung – es in die Aufmerksamkeit der unmittelbar umgebenden lokalen Öffentlichkeit schaffen, welche Akteur*innen dabei zu Wort kommen und welche Bewertungen und politischen Forderungen dabei formuliert werden.

Dieser Zielsetzung entsprechend fanden diejenigen Lokal- und Regionalzeitungen in die Stichprobe Eingang, deren Verbreitungsgebiet mit den Standorten der bayerischen Ankerzentren zusammenfällt. Aus forschungsökonomischen Gründen konnten dazu für Bayern nur vier der sieben Regierungsbezirke in die Analyse mit einbezogen werden, wobei auf eine möglichst großräumige geographische Verteilung geachtet wurde. Zusätzlich erweitert wurde die Datengrundlage, indem die Datenerhebung mit dem Ankerzentrum in Dresden einen nicht-bayerischer Standort und mit der Bildzeitung auch ein Boulevardmedium umfasste (vgl. Tabelle 1). Die Selektion der Artikel³ (n=501) erfolgte mithilfe verschiedener digitaler Datenbanken oder in den Online-Archiven der jeweiligen Titel. Ausgewählt wurden relevante Artikel im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum ersten Jahrestag der Ankerzentren am 1. August 2019, um sowohl den Diskurs zur Einführung der Ankerzentren als auch die Themensetzung im ersten Jahr ihrer Laufzeit zu dokumentieren.

2 Siehe unter anderem die Beiträge von Simon Goebel, Daniel Göler und Elisabeth Beck & Christine Heimerer in diesem Band.

3 In den jeweiligen Datenbanken beinhaltete jede Suchanfrage neben dem Untersuchungszeitraum stets auch folgende Schlagwortkombination: »Anker or AnKER or Ankerzentrum or Ankerzentren«. Die Stichprobe wurde weiter über die Länge der Artikel (>300 Wörter) eingegrenzt.

Tabelle 1: Ausgewählte Lokal- und Regionalzeitung

Titel des Mediums	Zugeordnete Ankereinrichtung
Augsburger Allgemeine	Donauwörth
Deggendorfer Zeitung	Deggendorf
Straubinger Tagblatt	
Donaukurier	Manching
Nürnberger Nachrichten	Zirndorf
Nürnberger Zeitung	
Sächsische Zeitung	Dresden
BILD	Bundesausgabe

Die inhaltsanalytische Erhebung, die auf einem 42 Variablen umfassenden Kategoriensystem basiert, wurde von zwei Codiererinnen⁴ durchgeführt. Sie untersucht zunächst deskriptiv erste Aspekte der medialen Darstellung der Ankerzentren und verknüpft diese mit dem theoretischen Konstrukt der Mobilität.

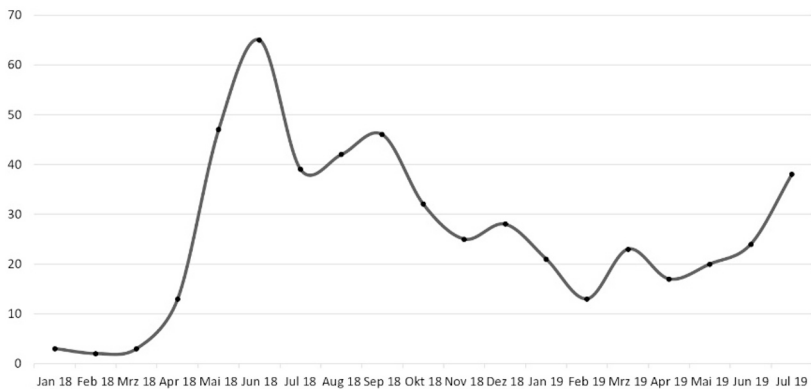
Ankerzentren im Spiegel lokaler Medienöffentlichkeiten: Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Die regionale Berichterstattung zu den ausgewählten bayerischen und sächsischen Ankerzentren folgt im Zeitverlauf der bekannten ereigniszentrierten Aufmerksamkeitslogik journalistischer Auswahl (vgl. Abbildung 1). Während zu Beginn des Jahres noch kaum ein Artikel zu den geplanten Ankereinrichtungen erscheint, steigt die Zahl der Veröffentlichungen ab Mai extensiv an und erreicht im Juni 2018 ihren Höhepunkt mit 65 Artikeln pro Monat. Auf relativ hohem Niveau begleitet das Thema den öffentlichen Diskurs über den Sommer, bevor im Anschluss die mediale Aufmerksamkeit über den Jahreswechsel deutlich nachlässt, um jedoch ab März 2019 erneut Fahrt aufzunehmen und zum ersten Jahrestag der Implementierung der Einrichtungen auf einem neuen Berichterstattungshoch zu landen. In-

4 Die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Codierung der beiden involvierten Personen (Forscherin mit Unterstützung einer studentischen Hilfskraft) stützt sich auf die Inter-Coder-Reliabilität nach Krippendorff (Hayes/Krippendorff 2007) und basiert auf den Codierungen zu fünf prototypisch ausgewählten Artikeln in der Main Post, die im Untersuchungszeitraum veröffentlicht wurden, nicht aber Teil des Samples waren. Auch wenn es keine allgemeingültigen Grenzwerte gibt, gelten in der Regel Ergebnisse zwischen .61 und .80 als ausreichend (vgl. Landis/Koch 1977). Aufgrund der teils anspruchsvollen Kategorien u.a. zur Erfassung kombinierter Frame-Elemente und der Tatsache, dass es sich um ein sehr konservatives Reliabilitätsmaß handelt, halte ich ein Overall-Krippendorff's Alpha von 0.65 für ausreichend.

teressanterweise lässt sich feststellen, dass die Beiträge zum Thema Ankerzentren immer dann an durchschnittlicher Länge und demnach wohl auch Hintergrundinformationen gewinnen, wenn die Menge der Berichterstattung eher abflaut – der Journalismus scheint also tendenziell die Atempausen in der politischen Debatte zu nutzen, um weniger ereignisbezogen zu berichten und stattdessen vertiefter zu recherchieren.

Abbildung 1: Berichterstattung zu Ankerzentren im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Abbildung.

Ebenfalls bezeichnend ist, dass sich die Mehrheit der Artikel (42 %) auf das Unterbringungskonzept Ankerzentrum allgemein bezieht und sich damit dem Metadiskurs der überregionalen Presse anschließt. Ihre Chance, den Faktor Lokalität in ihrer Berichterstattung zu betonen und die Asylpolitik auf die Lebenswelt vor Ort herunter zu brechen, bleibt so in vielen Fällen ungenutzt.

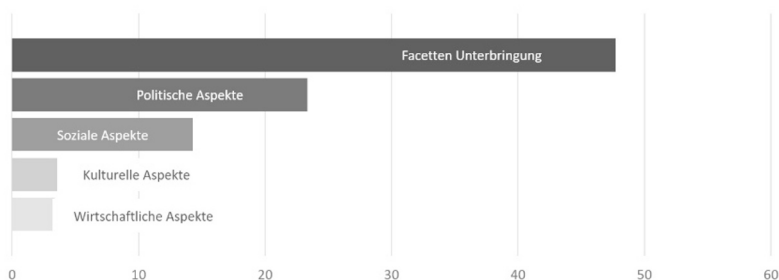
Bevor im Folgenden die thematische Einbettung und die wichtigsten Handlungsträger*innen im medialen Diskurs zu den Ankerzentren vorgestellt werden, folgen zunächst einige allgemeine Hinweise zur Relevanz der Unterbringung in den ausgewählten Artikeln. In 40,1 Prozent aller Beiträge stellt das Lagerleben von Geflüchteten das Hauptthema der Analyseinheit dar. In etwa gleich vielen Artikeln konnte der Diskurs zu Ankerzentren immerhin als Nebenthema identifiziert werden, während sich die Nennung des Phänomens »Anker« in knapp einem Fünftel der Fälle lediglich auf einen Randaspekt bezog⁵. Gerade einmal 14,4 Prozent der Berichte liefern eine ausführlichere Erläuterung der Hintergründe, wohingegen fast

5 Die Artikel, in denen die Berichterstattung über Ankerzentren nur einen Randaspekt (17,7 %) darstellte, wurden für die vertiefte Analyse der Akteur*innen und Themenfacetten ausgeschlossen.

zwei Drittel der Artikel (62,1 %) auf jede Form der Einordnung ihres Berichterstattungsgegenstandes Ankerzentrum verzichten.

Pro Artikel konnten bis zu zwei thematische Aspekte vercodet werden (n=596). Knapp die Hälfte der analysierten Beiträge (47,7 %) rücken die Auseinandersetzung mit der Unterbringung von Geflüchteten in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung (vgl. Abbildung 2). In dieser Kategorie beschäftigen sich Artikel mit der konkreten Lebenssituation und Ereignissen direkt vor Ort in den Ankerzentren. Neben einer Vielzahl von Beiträgen, die dabei das Konzept als Ganzes thematisieren und keinen bestimmten Kontext des Lagerlebens ansprechen, verweisen knapp 30 Prozent der hier verorteten Themennennungen auf Polizeieinsätze oder Konflikte in den Einrichtungen. Zumeist handelt es sich um teils auch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Bewohner*innen und anwesenden Sicherheitskräften bzw. alarmierten Polizeibeamt*innen. In der Regel treten dabei die Geflüchteten als Unruhestifter*innen in Erscheinung. Im Gegensatz dazu betont jeder fünfte thematische Zugang entweder die schwierige Wohnsituation (z.B. fehlende Privatsphäre) und Perspektivlosigkeit oder die Verletzung von Menschenrechten, die unmittelbar aus der Unterbringungsform resultiert.

Abbildung 2: Überblick über die Themenfelder in der regionalen Berichterstattung zu Ankerzentren (in Prozent; n=545, ohne Sonstiges)

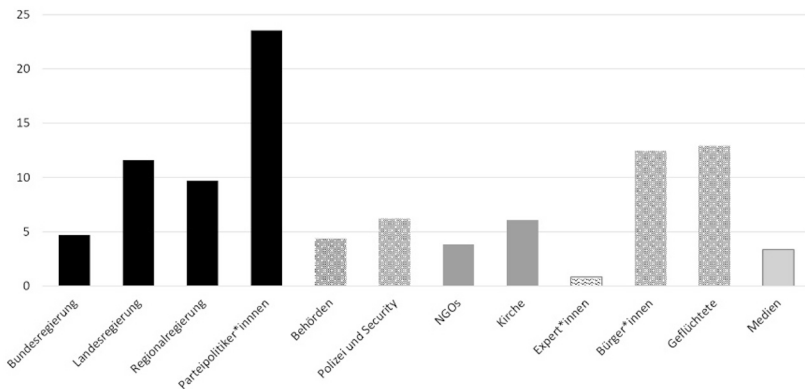


Quelle: Eigene Abbildung.

Neben spezifischen Fragen der Unterbringung prägen vor allem sozialpolitische Herausforderungen den lokalen Diskurs, wodurch sich die regionale Berichterstattung anschlussfähig an den nationalen migrationspolitischen Diskurs zeigt. Das Feld Politik hat in der Einzelanalyse hier einen klaren Fokus auf das Thema Abschiebung. Knapp ein Drittel der gefundenen politischen Facetten diskutieren diese asylpolitische Maßnahme. Heterogener fallen die Ergebnisse zu den Artikeln aus, die ihren Blick auf soziale Aspekte richten, denn außer um das negativ aufgeladene Narrativ der Kriminalität von Migrant*innen geht es hier vermehrt auch um Integrationskonzepte und bürgerschaftliches Engagement.

Die Diversität eines Diskurses lässt sich neben den Themen auch an der Vielfalt der Handlungsträger*innen bemessen, die in ihm zu Wort kommen. Die Ergebnisse zu den hauptsächlich genannten Akteur*innen (vgl. Abbildung 3) vermitteln allerdings ein einseitiges Bild: Jedes zweite gefundene Narrativ rückt Politiker*innen in den Mittelpunkt (schwarz hinterlegt), davon wiederum sind etwa die Hälfte Parteipolitiker*innen, und zwar besonders häufig von der CSU. Die gesamte parteipolitische Opposition, hauptsächlich vertreten durch die SPD und die Grünen, kommen gemeinsam auf gerade einmal genauso viele mediale Auftritte im Untersuchungszeitraum. Ein weiteres Viertel aller Handlungsträger*innen ist Regierungsmitglied. Weitere 40 Prozent aller genannten Hauptakteur*innen stammen aus der Zivilgesellschaft. Neben der Kirche (6,1 %) und Nichtregierungsorganisationen (3,7 %) sind es hier aber vor allem Bürger*innen (12,4 %) und Geflüchtete (12,9 %), die in den Mittelpunkt der thematischen Erzählung rücken.

Abbildung 3: Handlungsträger*innen in der regionalen Berichterstattung zu Ankerzentren (in Prozent; n=593; ohne Sonstiges)

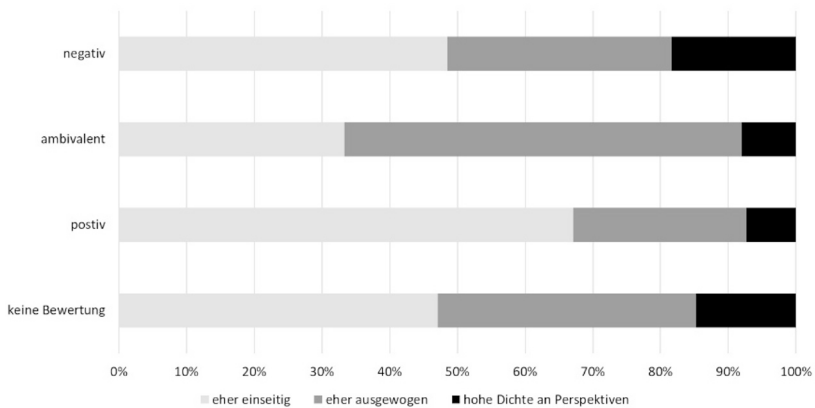


Quelle: Eigene Abbildung.

In mehr als zwei Dritteln der Fälle (68,9 %), in denen Geflüchtete als Hauptakteur*innen vorkommen, steht ihr medialer Auftritt in Zusammenhang mit den Themenfacetten »Gewalt im Ankerzentrum« (50,7 %) oder »Kriminalität« (18,2 %). Problematisch erscheint zudem der Umgang mit der Nennung von nationaler Herkunft der geflüchteten Handlungsträger*innen. Lediglich ein knappes Fünftel (17,1 %) der untersuchten Narrative macht keine Angabe zur Nationalität der geflüchteten Person(en), über die berichtet wird. Wenn eine ethnische Kategorisierung erfolgt, dann werden die Akteur*innen fast ausschließlich als Afrikaner*innen (63,2 %) identifiziert, am häufigsten handelt es sich um

Nigerianer*innen (22,4 %). Bewohner*innen erscheinen also nicht nur wenig individualisiert und stimmlos, sondern es wird zudem eine ethnisch imaginierte Bedrohungshierarchie konstruiert. Eine solche Berichterstattung zwingt so Geflüchtete in die mediale Immobilität, während sie gleichzeitig durch die Überrepräsentation problemzentrierter Themenfacetten die öffentliche Debatte lediglich einseitig mobilisiert. Einen weiteren Indikator für eine einseitige Aufbereitung des Themenkomplexes Ankerzentren liefert die Analyse der Argumentationsstruktur in den Artikeln. Über alle untersuchten Zeitungstitel hinweg nennen etwas mehr als die Hälfte aller Artikel mindestens ein Pro- und ein Contra-Argument (37,9 %), 13,2 Prozent davon vereinen sogar eine hohe Dichte verschiedener Perspektiven. Mit Blick auf die einzelnen Zeitungstitel präsentieren sich mehr als zwei Drittel der Beiträge in der Bildzeitung (69,2 %) als einseitig, gefolgt von der Deggendorfer Zeitung (66,7 %). Als Positivbeispiele sind hingegen die Sächsische Zeitung und die Augsburger Allgemeine zu nennen, die in einer deutlichen Mehrheit der Artikel auf Ausgewogenheit setzen.

Abbildung 4: Ausgewogenheit der Argumentation in den Artikeln nach Gesamtbewertung des Unterbringungskonzept Ankerzentrum (n=372)



Quelle: Eigene Abbildung.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass eine besonders einseitige Berichterstattung durchaus mit einer bestimmten Bewertungstendenz gegenüber den Ankerzentren einhergeht. Artikel mit einem positiven Gesamttenor gegenüber den Ankereinrichtungen sind signifikant häufiger ($\chi^2(6) = 23.74, p = .001$) einseitig aufbereitet als dies für Berichte mit ambivalentem oder negativem Urteil gilt. Doch selbst wenn kritische Berichterstattung in der Tendenz ausgewogener argumentiert, verzichtet auch hier nahezu jeder zweite Text (48,4 %) auf eine

zweite, abweichende Position. Innerhalb eines Artikels begegnen in der Folge die Leser*innen selten einer kontrastreichen und abwägenden Berichterstattung, was zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung beitragen kann.

Die potentielle Mobilisierung durch die thematische und argumentative Verkürzung des Diskurses verstärkt sich auf der sprachlichen Ebene der Artikel: In einem guten Drittel der Beiträge, in denen Ankereinrichtungen ein Haupt- oder Nebenthema darstellen ($n=412$), sind zumindest wahrnehmbare, in der Hälfte sogar intensive Meinungsäußerungen vorhanden. Obwohl die Journalist*innen also stark darauf setzen, Einschätzungen zu diesem Thema zu sammeln und sich nicht auf eine rein faktenbasierte Aufbereitung beschränken, überwiegt in den Beiträgen dennoch eine sachliche Darstellungsweise der Argumente (51,5 %). Im Umkehrschluss lässt sich jedoch auch knapp die Hälfte der Artikel als emotional beschreiben. So sagt beispielsweise der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft in einem Interview mit dem Straubinger Tagblatt, die Zahl der Abschiebungen sei »ein Witz« (4. April 2018) und der Autor eines Kommentars in der Augsburger Allgemeinen hält es für bedenklich, »dass sich viele Bürger mit durchaus ernst zu nehmenden Sorgen nach wie vor übergangen oder gar als Schmuttelkinder gebrandmarkt fühlen« (16. April 2018). Die allermeisten der formulierten Gefühle lassen sich der Kategorie »vorwurfsvoll« (20,4 %) zuordnen, allerdings steht in jedem zehnten Artikel auch Empathie im Vordergrund. Dies ist meist dann der Fall, wenn die Berichterstattung persönliche Schicksale thematisiert (vgl. Donaukurier 13. Juli 2018) oder von demütigenden Kontrollen und Gängelungen erzählt (vgl. Donaukurier 25. Juli 2019).

Das Thema (Im-)Mobilität und Forderungen als Faktor der Mobilisierung

Dieser Abschnitt widmet sich explizit der (Im-)Mobilität von Geflüchteten in Ankerzentren und den damit einhergehenden medialen (Im-)Mobilisierungsprozessen. Darüber können zwei Dimensionen des Codebuchs der Inhaltsanalyse genauere Informationen liefern, denn einerseits wurde offen kategorisiert, in welchen Zusammenhängen (Im-)Mobilität als manifester thematischer Kontext (1) in der Berichterstattung auftaucht, und andererseits liefert die Erhebung von geäußerten Forderungen in den Artikeln (2) weitere Erkenntnisse. Unabhängig davon, ob eine solche Forderung von den Journalist*innen selbst verfasst wurde oder über die Meinungsäußerung einer direkt oder indirekt zitierten Person Eingang in den Beitrag fand, liefern sie weitere Anhaltspunkte für das Mobilisierungspotential lokaler Öffentlichkeiten.

Deutlich mehr Artikel illustrieren Praktiken der Immobilität (40,1 %), als dass in ihnen Verweise auf Mobilitätsprozesse (28,2 %) vorkommen. In beiden Fällen stehen Aspekte einer räumlichen (Im-)Mobilität im Vordergrund, die Förderung bzw. Verhinderung von sozialer Teilhabe als Form der Mobilität spielt eine unter-

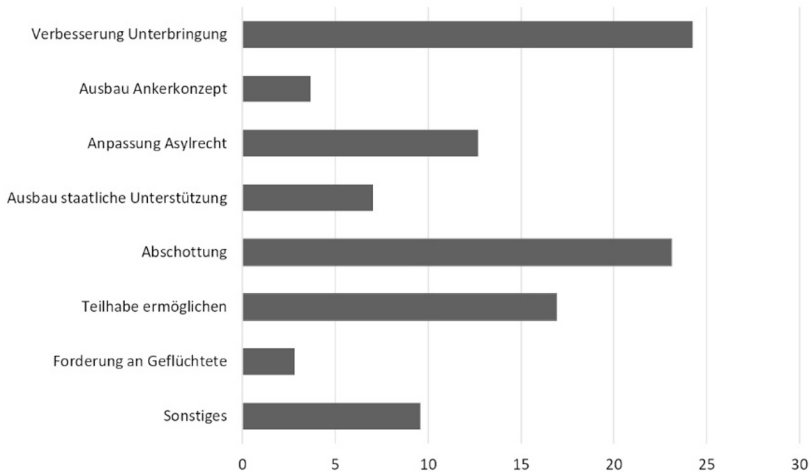
geordnete Rolle. Die Textstellen, welche Ankereinrichtungen als Institutionen der Immobilität rahmen, betonen in dieser Hinsicht vor allem zwei Faktoren: Zum einen die materialisierte Gegenständlichkeit von Exklusionsmechanismen, was sich in Metaphern ausdrückt, welche das Ankerzentrum mit einem Gefängnis gleichsetzen. Eine »abgeriegelte« Anlage, umgeben von »hohen Zäunen«, deren Funktion wahlweise der »Schutz« der Mehrheitsbevölkerung oder der Geflüchteten ist. Die Bewohner*innen werden in dieser Lagerarchitektur »festgehalten«, müssen »kaserniert«, »eingepfercht« und »zusammengespartet« »auf engstem Raum« leben. Neben der Abschottung und Isolation als Ergebnis der Wohnsituation ist es vor allem die Erfahrung sozialer Kontrollmechanismen und die damit verbundene Symbolik der Überwachung und Entrechtung, die sich in der Berichterstattung in besonderer Häufigkeit antreffen lässt. Im Mittelpunkt stehen hier Erzählungen von langwierigen und teils willkürlich anmutenden Einlasskontrollen des Sicherheitspersonals sowie das Erleben eines Alltags mit vorgeschriebenen Essenszeiten und ohne Schlüssel für die eigenen Zimmer. Eine Institution, in der laut Bayerischem Flüchtlingsrat »Menschen abgefertigt [werden] wie Pakete« (Deggendorfer Zeitung, 6. Juni 2019).

Dieses Bild der Fremdbestimmung lässt sich auch auf die Artikel anwenden, in denen es um die Forcierung von Mobilität geht. Denn es handelt sich hierbei weniger um Berichte, in denen die Freiheit zur selbstbestimmten räumlichen oder sozialen Mobilität im Vordergrund steht, sondern vor allem um Beiträge, die die Mobilisierung der Geflüchteten im Zusammenhang mit ihrer potentiellen Abschiebung oder der Beschleunigung der Asylverfahren verhandeln. Mobilität stellt in diesen Fällen also weniger einen Möglichkeitsraum denn eine unfreiwillige Bewegung dar. Nur in Ausnahmefällen finden sich Bezüge zu Aspekten der Teilhabe wie beispielsweise der Zugang zu Sprachkursen, die Regelbeschulung von Kindern, die möglichst zügige dezentrale Unterbringung anerkannter Geflüchteter oder auch Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Das Mobilisierungspotential lokaler Öffentlichkeiten hingegen lässt sich jedoch nicht aus der bloßen Nennung verschiedener Facetten von (Im-)Mobilität in der Berichterstattung ableiten. Vielmehr braucht es die Formulierung konkreter Forderungen, um die reine Beschreibung des Status Quo zu überwinden und Rückschlüsse auf politischen oder zivilgesellschaftlichen Willen zu ziehen. Forderungen in der Berichterstattung können also als ein Signal potentieller öffentlicher Mobilisierung dienen. Die Narrative zu Ankerzentren in den untersuchten Regionalzeitungen äußern solche Aufforderungen im Untersuchungszeitraum explizit und implizit in 56,5 Prozent der Fälle (vgl. Abbildung 5).

Knapp ein Viertel aller Themenbeiträge (24,2 %) fordert eine Verbesserung der Unterbringungssituation, womit zum einen die Infrastruktur, aber auch die Freizeitangebote sowie in den meisten Fällen der Wunsch nach Verteilung der Geflüchteten in dezentrale Unterkunftsstrukturen gemeint sein kann. In rund einem wei-

Abbildung 5: Forderungen in der regionalen Berichterstattung zu Ankerzentren (in Prozent; n=355)



Quelle: Eigene Abbildung.

teren Fünftel des medialen Diskurses stehen eher abstrakte Forderungen nach politischen Lösungen in Form von Reformen des Asylrechtes (12,7 %) und dem Ausbau staatlicher Unterstützungsleistung (7 %) im Mittelpunkt. Besonders dominant sind darüber hinaus vor allem die Stimmen in der Berichterstattung, die klare Abschottungspraktiken (23,1 %), z.B. durch einen Einwanderungsstopp bzw. die Sicherung der europäischen Außengrenzen verlangen oder eine schnelle Abschiebung – vor allem straffälliger Geflüchteter – begrüßen würden. Etwa jedes sechste Narrativ (16,9 %) betont hingegen den Wunsch nach Maßnahmen, die Geflüchtete schützen und Integrationsprozesse anstoßen sollen. Dass das Mobilisierungspotential des öffentlichen Diskurses dabei insgesamt eher die Positionen der Flüchtlingsgegner*innen stärkt, zeigt ein abschließender Blick auf die Intensität der Forderungen. Besonders prägnant fallen diese nämlich immer dann aus, wenn nach Abschottung und/oder Abschiebung verlangt wird. Zwar gilt das auch für die Aufrufe zur Verbesserung der Unterbringungssituation, indem der mediale Diskurs aber mehr Freizügigkeit innerhalb der Lager oder auch bei der Wahl des Wohnortes fordert, konserviert er dennoch im Prinzip den bestehenden Zustand der »Verwahrung« von Geflüchteten, anstatt für mehr Teilhabechancen mobil zu machen.

Die lokalöffentliche Darstellung der Ankerzentren: Katalysator migrantischer (Im-)Mobilitäten?

Die Analyse der medialen Darstellung des Unterbringungskonzepts »Ankerzentrum« in den Öffentlichkeiten bayerischer, einer sächsischen Regionalzeitung(en) und der Bildzeitung macht auf Chancen, aber auch Risiken einer öffentlichen Auseinandersetzung aufmerksam: So liefert der Diskurs einerseits Anlass für die aufnehmende Gesellschaft, sich mit den Lebensrealitäten geflüchteter Menschen zu beschäftigen, und eröffnet Anknüpfungspunkte, um asylpolitische Themen zu verhandeln, die über die Frage der Unterbringung hinausgehen. Andererseits – und so lassen sich die Ergebnisse der durchgeführten Inhaltsanalyse auch zusammenfassen – präsentiert sich die lokale massenmediale Öffentlichkeit zu diesem Thema in hohem Maße anschlussfähig an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu Flucht(migration). Das wiederum geht mit der Diagnose einher, dass in der Tendenz auch Lokalmedien tradierte Narrative reproduzieren und in diesem Zuge Ankerzentren als »Problemorte« identifizieren und so erst recht zu einer Stigmatisierung der Orte beitragen (vgl. Hess et al. 2018). Dabei spiegelt die Berichterstattung drei bzw. vier Jahre nach 2015 den Eindruck, dass die Massenunterkünfte, die damals in einem als krisenhaft titulierten Ausnahmezustand unumgänglich erschienen (vgl. auch Jäger/Wamper 2017), nach wie vor eine vernünftige Entscheidung seien, um »die richtige Balance zwischen Humanität und Ordnung« (Nürnberger Zeitung 14. September 2018) zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die überwiegend problemzentrierten Konnotationen der Berichterstattung sind dabei bei weitem nicht immer ursächlich mit den Geflüchteten verknüpft, als Teilhabende mit eigener Agency werden sie jedoch ebenso wenig betrachtet. In der Regel werden sie als Gruppe entpersonalisiert und vor allem ohne die Möglichkeit dargestellt, sich mit ihrer eigenen Stimme und Meinung in den Diskurs einzubringen. Die (Im-)Mobilisierungspraktiken des deutschen Asylregimes finden ihren Ausdruck demnach nicht nur in der räumlichen und sozialen Isolation geflüchteter Menschen in Ankereinrichtungen, sondern auch in ihrer medialen Immobilität. Reduziert auf die Rolle eines Berichterstattungsgegenstandes gibt es für sie kaum Gelegenheiten, am gesellschaftlichen Aushandlungsprozess teilzuhaben.

Der regionale Mediendiskurs zu Ankerzentren wird damit seiner Integrationsfunktion nicht gerecht und trägt stattdessen dazu bei, »symbolische Ordnungen und [...] bestehende Herrschaftsstrukturen« zu reproduzieren (Engel et al. 2019: 291). Die Abschottungstendenzen in der Migrationspolitik, die laut Boswell in Wohlfahrtsstaaten auf »protektionistische Motive« zur Bewahrung »gesellschaftlicher Stabilität und Kohärenz« (Boswell 2007: 80) zurückzuführen sind, determinieren den öffentlichen Diskurs. So schafft beispielsweise der teils erschwerte Zugang von Journalist*innen zu Ankerzentren keine idealen Möglichkeiten, um zu recherchieren und vielfältig zu berichten. Im Umkehrschluss trägt jedoch

eine eindimensionale mediale Öffentlichkeit zur Legitimation asylpolitischer Restriktionen bei.

Die Mobilisierungskraft des öffentlichen Diskurses kann und darf vor diesem Hintergrund nicht gleichgesetzt werden mit einer absichtsvollen Agitation der Journalist*innen. Denn die Debatte um Flucht und Migration zeigt deutlich wie nie zuvor, wie eng heutzutage »massenmediale, gruppeninterne und interpersonale Kommunikation miteinander verwoben sind« (Vowe 2016: 436). Netzwerk- und massenmediale Öffentlichkeiten befinden sich in einer digitalen Gesellschaft nicht in Dualität zueinander, stattdessen entstehen in virtuellen Räumen eine Vielzahl von Sphären der Beteiligung, multiagorale Öffentlichkeiten (vgl. Meyer-Lucht 2008) mit hoher Bindungskraft für die jeweils dort interagierenden Gemeinschaften. Die unterschiedlichen Narrative zu Flucht(migration), die in diesen Communities kursieren, zeichnen sich durch eine große Heterogenität aus, allerdings driften die Positionen teils weit auseinander, was nicht etwa zu einer vielerorts erhofften Deliberation des Diskurses geführt, sondern vielmehr die Klüfte zwischen andersdenkenden politischen Lagern vertieft hat (vgl. Vowe 2016: 437f.). Zukünftige kommunikationswissenschaftliche Forschung zum Thema Flucht(migration) sollte diesem veränderten Kommunikationsumfeld daher noch stärker als bisher Rechnung tragen und versuchen, die pluralen und hybriden Diskurse mithilfe eines angepassten empirischen Vorgehens online wie offline einzufangen und zueinander in Verbindung zu setzen. Die Widersprüchlichkeiten und Mobilisierungskräfte medialer Diskurse zum Thema Flucht und Migration wirken demnach nicht nur auf politisches Handeln. Vielmehr lassen sich die »politischen Verwerfungen« nicht abschließend erklären, wenn der »strukturelle Wandel der Kommunikation« (ebd.: 439) als Faktor der Veränderung nicht miteinbezogen wird.

Literaturverzeichnis

- Abadi, David (2017): *Negotiating Group Identities in Multicultural Germany: The Role of Mainstream Media, Discourse Relations, and Political Alliances*, Lanham/Boulder/New York/London: Lexington Books.
- Altmeppen, Klaus-Dieter/Greck, Regina/Kössler, Tanja (2013): »Journalismus und Medien – organisationstheoretisch betrachtet«, in: Klaus Meier/Christoph Neuberger (Hg.), *Journalismusforschung: Stand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 37-51.
- Arlt, Dorothee/Wolling, Jens (2018): »Bias wanted! Examining people's information exposure, quality expectations and bias perceptions in the context of the refugees debate among different segments of the German population«, in: *Communications* 43, S. 75-99.

- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Das Bundesamt in Zahlen 2019. Asyl. Nürnberg, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtsinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2019-asyl.pdf>, Abrufdatum: 17.06.2020.
- Bauer, Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung. State-of-Research Papier 10, Osnabrück.
- [Bay. LT] Bayerischer Landtag (2020): Status der Asylbewerberinnen und Asylbewerberzahlen und ANKER-Einrichtungen in Bayern, Drs. 18/7339.
- Berg, Matthias (2014): »Mediatisierung, Mobilisierung und Individualisierung als Theorieansätze kommunikativer Mobilität«, in: Jeffrey Wimmer/Maren Hartmann (Hg.), Medienkommunikation in Bewegung. Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität, Wiesbaden: Springer VS, S. 47-68.
- Berg, Matthias (2017): Kommunikative Mobilität. Die mediale Vernetzung beruflich mobiler Menschen, Wiesbaden: Springer VS.
- Bonfadelli, Heinz/Friemel, Thomas (2017): Medienwirkungsforschung, 6. überarbeitete Auflage, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (2007): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum?, Wiesbaden: Springer VS.
- Boswell, Christina (2007): »Theorizing migration policy: Is there a third way?«, in: International Migration Review 41(1), S. 75-100.
- Bucher, Priska/Piga, Andrea (2009): »Medien und Migration – ein Überblick«, in: Urs Dahinden/Daniel Süß (Hg.), Medienrealitäten, Konstanz: UVK, S. 33-49.
- Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim (2017): »All Day Waiting«: Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW (BICC Working Paper No. 3/2017), Bonn, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_WP_3_2017_web_01.pdf, Abrufdatum: 17.05.2020.
- Dijk, Teun van (1991): Racism and the press, London: Routledge.
- Dünnwald, Stephan (2002): Die BRD als Lagergesellschaft. Infodienst des Bayerischen Flüchtlingsrates 2, S. 27-38.
- Emmer, Martin/Richter, Carola/Kunst, Marlene (2016): Flucht 2.0: Mediennutzung durch Flüchtlinge vor, während und nach der Flucht, Berlin: Freie Universität Berlin.
- Engel, Susen/Deuter, Marie-Sophie/Mantel, Anna/Noack, Michael/Wohlert, Jale/Raspel, Julia (2019): »Die (Re)Produktion symbolischer Ordnung – Narrative in der deutschen Medienberichterstattung über Flucht und Geflüchtete«, in: Emre Arslan/Kemal Bozay (Hg.), Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 273-298.
- Entman, Robert M. (1993): »Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm«, in: Journal of Communication 4, S. 51-58.

- Evers, Tanja/Altmeyden, Klaus-Dieter (i.E.): »Kritischer Journalismus als Korrektiv im gesellschaftlichen Diskurs? Journalistische Berichterstattung als intervenierender Faktor in der Meinungsbildung in Zeiten von Rechtspopulismus und Lügenpresse«, in: Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus.
- Evers, Tanja (2019): Ich poste, also wähle mich! Parteien auf Facebook im Bundestagswahlkampf, Baden-Baden: Nomos.
- FAZ (2019): Herrmann lobt Ankerzentren, vom 26.07.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/anker-zentren-hermann-zieht-positive-bilanz-16303462.html>, Abrufdatum: 20.07.2020.
- Fengler, Susanne/Kreutler, Marcus (2020): Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern. Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt a.M.
- Fick, Patrick (2009): »Der Wandel der Darstellung von Migranten am Beispiel Sieger Lokalmedien in den Jahren 1996 und 2006«, in: Rainer Geißler/Horst Pöttker (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bd. 2: Forschungsbefunde, Bielefeld: transcript, S. 235-270.
- Friedrichsen, Mike (Hg.) (2010): Medienzukunft und regionale Zeitungen. Der lokale Raum in der digitalen und mobilen Medienwelt, Baden-Baden: Nomos.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (2009): Mass media-integration. Media and migration: a comparative perspective, Bielefeld: transcript.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, Berlin: WZB.
- Gerhardt, Volker (2012): Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München: C.H. Beck.
- Goebel, Simon (2019): »Medial (re)produzierte Narrative und Asylrechtsänderungen – Annäherungen an ein Dispositiv der Lager«, in: Reinhard Johler/Jan Lange (Hg.), Konfliktfeld Fluchtmigration. Historische und ethnographische Perspektiven, Bielefeld: transcript, S. 207-227.
- Goebel, Simon (2017): Politische Talkshows über Flucht. Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurse. Eine kritische Analyse, Bielefeld: transcript.
- Goedeke Tort/Maheba Nuria/Guenther, Lars/Ruhrmann, Georg (2016): »Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet«, in: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 64(4), S. 497-517.
- Greck, Regina (2018): »Schaffen wir das? Frames im medialen Diskurs zur Flüchtlingskrise in der deutschen Regionalpresse des Jahres 2015 und ihre Lösungsorientierung«, in: Publizistik 3, S. 359-382.
- Guyton, Patrick (2019): Ein Jahr Ankerzentren: Wo der Wachmann nicht mal klopft, in: taz vom 31.07.2019, <https://taz.de/Ein-Jahr-Ankerzentren/!5613882/>, Abrufdatum: 27.07.2020.

- Hafez, Kai (2019): »Die verhängnisvolle Neigung der Medien...«. Plädoyer für einen Humanitären Journalismus«, in: *Communicatio Socialis* 4, S. 490-502.
- Hayes, Andrew/Krippendorff, Klaus (2007): »Answering the Call for a Standard reliability Measure for Coding data«, in: *Communication Methods and Measures* 1(1), S. 77-89.
- Heidenreich, Tobias/Lind, Fabienne/Eberl, Jakob-Moritz/Boomgaarden, Hajo G. (2019): »Media Framing Dynamics of the »EuropeanRefugee Crisis«: A Comparative Topic Modelling Approach«, in: *Journal of Refugee Studies* 32(1), S. 172-182.
- Hepp, Andreas (2006): »Kommunikative Mobilität als Forschungsperspektive: Anmerkungen zur Aneignung mobiler Medien-und Kommunikationstechnologie«, in: *Ästhetik & Kommunikation* 37(135), S. 15-22.
- Hess, Sabine/Pott, Andreas/Schammann, Hannes/Scherr, Albert/Schiffauer, Werner (2018): Welche Auswirkungen haben »Anker-Zentren«? Eine Kurzstudie für den Mediendienst Integration, Berlin.
- Hestermann, Thomas (2020): Berichterstattung über Eingewanderte und Geflüchtete. Die Unsichtbaren. Eine Expertise für den Mediendienst Integration.
- Holtz-Bacha, Christina (2019): Die (Massen-)Medien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2017, Wiesbaden: Springer VS.
- Inhetveen, Katharina (2010): Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers. Akteure – Macht – Organisation. Eine Ethnographie im Südlichen Afrika, Bielefeld: transcript.
- Jäger, Margarete/Wamper, Regina (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016. Duisburg: DISS – Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf, Abrufdatum: 04.08.2020.
- Jacobs, Laura/Hooghe, Marc/de Vroome, Thomas (2017): »Television and anti-immigrant sentiments: the mediating role of fear of crime and perceived ethnic diversity«, in: *European Societies*, S. 1-25.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Krämer, Benjamin/Schindler, Johanna (2018): »Zum Umgang der Medien mit dem Rechtspopulismus. Hintergründe, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen«, in: *Communicatio Socialis* 2, S. 131-142.
- Krüger, Udo Michael/Zapf-Schramm, Thomas (2019): »Info Monitor 2018. Groko- und Migrationsdebatte prägten die Fernsehnachrichten«, in: *Media Perspektiven* 2, S. 44-73.
- Landis, Richard/Koch, Gary (1977): »The measurement of observer agreement for categorical data«, in: *Biometrics* 33(1), S. 159-174.

- Link, Jürgen (2016): »Die Massenflucht zwischen Denormalisierung, Normalisierung und transnormalistischen Alternativen«, in: DISS-Journal. Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung 31, S. 7-8, <https://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-31-2016.pdf>, Abrufdatum: 01.08.2020.
- Maurer, Marcus/Jost, Pablo/Haßler, Joerg/Kruschinski, Simon (2019): »Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der »Flüchtlingskrise««, in: Publizistik 64(1), S. 15-35.
- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald (1972): »The Agenda-Setting-Function of Mass Media«, in: Public Opinion Quarterly 36(2), S. 167-187.
- Meyer-Lucht, Robin (2008): Virtualienmarkt. Habermas, die Medien, das Internet, in: perlentaucher. Das Kulturmagazin vom 04.06.2008, <https://www.perlentaucher.de/virtualienmarkt/habermas-die-medien-das-internet.html?highlight>, Abrufdatum: 03.06.2020.
- Mouzourakis, Minos/Pollet, Kris/Ott, Jean-David (2019): The AnkER centres. Implications for asylum procedures, reception and return. European Council on Refugees and Exiles, Brüssel.
- Oehmichen, Ekkehardt/Schröter, Christian (2011): »Internet zwischen Globalität und Regionalität«, in: Media Perspektiven 4, S. 182-194.
- Pieper, Tobias (2008): Die Gegenwart der Lager: Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scholz, Sophie (2013): Soziale Medien schaffen Möglichkeitsräume für das »Bürger-Sein«, in: bpb vom 12.12.2013, <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/175151/soziale-medien-schaffen-moeglichkeitsraeume-fuer-das-buerger-sein>, Abrufdatum: 25.08.2020.
- Stavenhagen, Liane/Kossatz, Daniela (2017): »Einstellungen und Meinungen zur Migration. Eine vergleichende Europa-Studie«, in: Ipsos vom März 2017, https://www.ipsos.com/sites/default/files/2017-05/WP_Migration_RGB-RZ_final.pdf, Abrufdatum: 05.05.2020.
- [StMI] Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration (2018): Der Bayerische Asylplan. Maßnahmen im Überblick, München, https://www.lfar.bayern.de/mam/header/lfar_im_ueberblick/ueber_das_lfar/der_bayerische_asylplan_stand_juli_2018.pdf, Abrufdatum: 16.07.2020.
- Täubig, Vicki (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration, Weinheim/München: Juventa.
- Ter Wal, Jessica (2002): Racism and Cultural Diversity in the Mass media. An Overview over Research and Examples of Good Practice in the EU Member States, 1995-2000, Wien.
- Tanis, Kerstin (2020): Entwicklungen in der Wohnsituation Geflüchteter, Ausgabe 05/2020 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration

- und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Trebbe, Joachim (2009): *Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration. Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Medienwirkungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tully, Claus/Baier, Dirk (2006): *Mobiler Alltag: Mobilität zwischen Option und Zwang – Vom Zusammenspiel biographischer Motive und sozialer Vorgaben*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Urry, John (2007): *Mobilities*, Cambridge: Polity Press.
- Vowe, Gerd (2016): »Politische Kommunikation in der Migrationskrise. Der strukturelle Wandel der Kommunikation als Herausforderung für Politik und Wissenschaft«, in: *Publizistik* 61, S. 431-440.
- Wagner, Ulrike/Gerlicher, Peter/Brüggen, Niels (2011): *Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. Eine Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung*, München: JFF –Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.
- Wanta, Wayne/Ghanem, Salma (2007): »Effects of Agenda-Setting«, in: Raymond W. Preiss/Barbara Mae Gayle/Nancy Burrell/Mike Allen/Jennings Bryant (Hg.), *Mass Media Effects Research. Advances through Media-Analysis*, Mahwah: Erlbaum, S. 37-51.
- Wengeler, Martin (2006): »Zur historischen Kontinuität von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs«, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politischer Bildung*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 13-36.
- Wimmer, Jeffrey/Hartmann, Maren (2014): »Mobilisierung, mobile Medien und kommunikative Mobilität aus kommunikations- und mediensoziologischer Perspektive«, in: Jeffrey Wimmer/Maren Hartmann (Hg.), *Medienkommunikation in Bewegung. Mobilisierung – Mobile Medien – Kommunikative Mobilität*, Wiesbaden: Springer VS, S. 11-30.
- Zick, Andreas/Küpper, B./Berghan, W. (2019): *Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.